

Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Anzeigen werden 8. Spalten, 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Anzeigenblättern u. allen Anzeigenschriften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluss vom 11 Uhr, für die Sonntags-Dr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erstpreis 10 Pf., 2. mal, Sonntags 1 mal. Geschäftsstelle: u. Haupt-Vertriebsstelle: Halle, Neue Promenade 13, Dr. Braunhausstr. 17. Neben-Vertriebsstelle: Markt 25 und Große Ulrichstr. 52.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Einzelnummern 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungswesen unter Angabe Zeitung eingetragener. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Zeitung“ gestattet. Fern: der Geschäftsleitung Nr. 1142 u. 1418, der Zeigungsverwaltung Nr. 1133 Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 351.

Halle, Mittwoch, den 30. Juli.

1919.

Dritte Lesung der Verfassungsvorlage.

Der Essener „Hungerstreik“ vor der Nationalversammlung. — Bolschewistische Umtriebe in Bulgarien und Portugal.

Hindenburgs Zuversicht.

WTB. Amsterdam, 29. Juli. Die „New-York Sun“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Berichterstatters Wiegand mit Hindenburg. Hindenburg sagte, daß die Erfüllung der Forderung der Alliierten nach gerichtlicher Verfolgung des früheren Kaisers und der deutschen Armeechefs und anderer Offiziere vor alliierten Gerichtshöfen nicht nur eine Verletzung der Souveränität und der fundamentalen Grundzüge des Völkerrechts ist, sondern auch einen alten römischen Grundsatz in Ehren wiederherstellen würde, wonach die Verteidigung eines Landes für diejenigen, die im Kriege besetzt wurden, ein Verbrechen wäre. Hindenburg erklärte weiter, er sei der Überzeugung, daß Deutschland wieder in die Höhe kommen werde, denn das deutsche Volk, das zwischen den romanischen Völkern einerseits und den Slaven andererseits gelegen sei, habe in der Welt eine Mission zu erfüllen.

Öffentliche Bekanntmachung der Aufklärungsdebatten.

Weimar, 29. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat in ihrer Sitzung vom Dienstag beschlossen, dem Antrag der Sozialdemokraten auf Antragsantrag der Rede Erzbergers vom Freitag nicht zuzustimmen. Dagegen wird die Fraktion beim Plenum den Antrag einbringen, die Regierung möge schleunigst Maßnahmen treffen, damit die stenographischen Berichte der Sitzungen der Nationalversammlung möglichst schon in einigen Tagen und zu billigen Preisen dem ganzen Volke zugänglich gemacht werden können.

Eine Erklärung des Nuntius Pacelli.

WTB. Berlin, 29. Juli. Von dem apostolischen Nuntius Erzbischof Pacelli geht uns aus Warschau folgende Mitteilung zu: In den Erklärungen des chemischen Reichschemikers Michaelis in der „Zähl. Rundschau“ liest man, daß sich beim Gespräch die Schreibung des Nuntius schon herangezogen hätte, daß Erzberger von dem Briefe wüßte. Der Nuntius muß erklären, daß Erzberger von ihm über den Inhalt des Briefes keineswegs unterrichtet war.

Der Mörder Mannheims entdeckt?

WTB. Berlin, 29. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Wiener Beamte des „Daily Express“ will erfahren haben, daß der Mörder des französischen Soldaten Mannheim der Unteroffizier Kuf ist, der einem Freiwil提高regiment angehört. Die Berliner Polizei glaubt, ihn in einigen Tagen völlig überführen zu können. Bis dahin werden die Alliierten die Antwort auf die Ablehnung der Sühneforderung von 1 Million Franken seitens der deutschen Regierung aufschieben.

Der Sultan über die teilweise griechische Besetzung Kleinasiens.

WTB. Amsterdam, 29. Juli. Der Berichterstatter der „Morning Post“ in Konstantinopel hatte eine Unterredung mit dem Sultan, in der dieser erklärte, die Besetzung von Teilen Kleinasiens durch die Griechen sei durch nichts gerechtfertigt. Einst werde sicher die ganze Wahrheit ans Licht kommen. Dann werde man wohl das begangene Unrecht einsehen. Der Sultan sagte, weshalb man den Griechen erlaube, ein Land in Besitz zu nehmen, das zu achtzig Prozent von Mohammedanern bewohnt ist. Er protestierte gegen die Massaker der aufstrebenden türkischen Bevölkerung durch Griechen und Armenier. Ganze Städte seien verbrannt, Tausende von Menschen seien umgebracht und unter fortwährenden Gewankungen gefoltert worden. Die Erregung und Verwirrung unter dem türkischen Volke sei außerordentlich groß. Es sehe aus, als wenn ein neuer Krieg drohe. Der Sultan protestierte gegen die Waffenstillstandsbedingungen, die die Griechen stützten und die Türken entwarfanden.

Erste Lage in Portugal.

WTB. Bern, 29. Juli. (Drahtnachricht.) Die französischen Blätter berichten, daß die Lage in Portugal von Tag zu Tag schlimmer wird, da die Streitkräfte

Ausdehnung zunehmen. Die Haltung der Streitkräfte wird immer bedrohlicher. In der letzten Nacht wurde wiederholt auf Eisenbahnanlagen geschossen. Bei Streitenden und Matrosen entdeckte man Waffen, die aus dem Zeughaus gestohlen worden waren. Eine bolschewistische Revolution hat sich in den Besitz mehrerer Dampfer bei Sibirien gestellt. Die Streitenden Eisenbahner erklären, von einer Einigung mit der Regierung nichts wissen zu wollen, vielmehr sei es ihre Pflicht, die verhafteten Eisenbahner mit Gewalt zu befreien.

Vor schweren Anrufen in Bulgarien.

Basel, 29. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Das rumänische Pressebüro meldet aus Sofia: Wir stehen vor schweren Anrufen. In den letzten Tagen haben in allen Städten blutige Demonstrationen statt, in deren Verlauf immer wieder die Anrufungen der Bolschewisten gefordert wurde. Eine Umwälzung scheint nicht mehr auszuhalten zu sein.

Deutsche Nationalversammlung.

In seinen weiteren Ausführungen sagte der Abg. Nieber: Herr Erzberger gegenüber habe ich im Auftrag eines Mitgliedes meiner Fraktion folgendes mitzuteilen. Auf Wunsch eines nahen Bekannten des Herrn Erzberger hat Herr Erzberger ein kurzes Kriegszielprogramm entworfen. Am 17. Juni 1917 legte ihm unser Gewährsmann Herr Erzberger, welcher ihm erklärte, daß die Regierung auf dem Standpunkt liege, daß wir die Erbdeben von Krieg und Döngew haben müßten. Man müsse die Öffentlichkeit im Sinne dieser Forderung aufklären. Tatsächlich, so fügte der Gewährsmann hinzu, arbeiteten noch im August 1917 verschiedene von Herrn Erzberger abhängige Pressebüros in diesem Sinne. (Hört, hört!) Ich glaube, nach dem, was ich oben ausgeführt habe, brauche ich nicht mehr zu begründen, daß wir uns einem Vertrauenssozium für die Regierung nicht anschließen können, ebenso daß wir für ein Vertrauenssozium stimmen werden.

Preussischer Kriegsminister Reichardt

macht nähere Mitteilungen über die Vorgänge bei dem Zusammenstoß in Polen und nimmt vor allen Dingen den Generalgouverneur von Posen gegen den Vorwurf in Schutz, daß er aus Warschau geflohen sei. Durch das Vorgehen der Soldatenräte, die glauben, eine Tat zu vollbringen, wenn sie Polen unterdrücken und ohne Kampf räumen, seien große Heereswerte verloren gegangen, und noch ein größeres Stück deutsches Ansehen. (Hört, hört!) Andererseits habe es in dieser Tragödie auch nicht an Heldentaten gefehlt. Die Reserveoffiziers-Aspiranten wollten lieber zu Fuß durch Polen marschieren, als ihre Waffen abgeben. (Beifalls Bravo!) Und die Offiziere der Pflanzerschule in Warschau seien selbst auf Posten gezogen, um das wertvolle Material zu schützen und zu retten. (Beifall.)

Reichsfinanzminister Erzberger:

Glauben Sie denn, es macht mir Vergnügen, immer wieder gegen solche Behauptungen, wie sie der Abg. Nieber hier vorgelesen hat, entkommen zu müssen? Ich habe überhaupt nichts Besseres zu tun, seitdem ich das Reichsfinanzministerium übernommen habe, als mir jede Minute zu trotzen, um immer wieder betätigten Detailen und längst widerlegten Angriffen und Stärkereien von Deuten entgegenzutreten zu müssen, die nichts weiter zu tun haben. (Stürmische Anrufe und Zurufe rechts; demonstrativer Beifall links; fortgesetzte Zurufe von beiden Seiten, die aber in dem tosenden Lärm im einzelnen unverständlich bleiben.) Graf Czernin erkennt selbst an, daß ich im besten Glauben und im Sinne meines Auftraggebers gehandelt habe. Im übrigen hat Graf Czernin den Beweis gar nicht einmal anzutreten zu verstanden, daß der Bericht durch mich den Feinden bekannt geworden sei. Wenn ich solches Material in der Hand habe, dann habe ich die Pflicht, mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß die richtigen Folgerungen daraus gezogen werden. Der Abgeordnete Nieber sagt, ich müßte wissen, daß in der deutschen Antwort vom 24. September keine Erklärung über Belgien enthalten war. Dieses Antwortschreiben ist mir eben nicht bekannt geworden. Michaelis hat erklärt, Erzberger hätte nichts erfahren. (Zuruf des Abg. Traub.) Es sollen wieder nicht auf Herr Abgeordneter Traub. (seinerzeit.) Meine Abreise nach München erfolgte erst nach der Debatte im Hauptsaalgebäude. (Zuruf des Abg. Traub.) Bei Ihnen Herr Traub, ich hoffe und mag verloren.

Präsident Fehrenbach: Ich bitte, doch nicht auf jeden Ausbruch zu antworten. (Kochung Seite 2).

Politik als Hochschulfach.

Von Professor L. Bergsträßer, Privatdozent der Geschichte an der Technischen Hochschule Berlin.
Die demokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung hat den Antrag gestellt, an jeder Hochschule Lehrstühle oder Lehrbeauftragte für Politik einzurichten. Wer die Verhältnisse kennt, wird diesen Antrag auf lebhafteste Begrüßung: er entspricht wirklich einem dringenden Bedürfnisse, und er knüpft überdies an glänzende Traditionen des deutschen Liberalismus an. Noted, Dahlmann, Häufiger und viele andere, Wissenschaftler und praktische Politiker zugleich, haben in der Zeit des wachsenden Reiches das Jhrige getan, die Jugend zur Politik zu führen, für die Arbeit am Vaterlande zu begeistern. Später kamen viele Zeiten, die rein historische Wissenschaft übernahm und verzichtete auf die Verbindung mit dem Leben; erst kurz vor dem Kriege begann es sich da und dort zu regen; meist bei jüngeren Dozenten.

Der Faltung der akademischen Lehrer entsprach die des studierenden Jugend. Es ist eine der betrüblichsten Tatsachen der Zeit vor dem Kriege, daß der durchschnittliche Student — von dem Abiturienten älterer Schulen gar nicht zu reden — vom Arbeiter gleichen Alters an politischer Bildung gar sehr nachließ; er hatte kaum Wissen und vielfach keinerlei Interesse. Eine ganze Anzahl studentischer Verbindungen schloß die Politik nicht nur die politische Betätigung, sondern die Politik überhaupt, aus. Um so notwendiger, daß dem durch den Krieg gesteigerten Bedürfnisse entgegenzukommen und das Interesse geweckt werde, wo irgend es möglich ist. Deshalb verlangt der Antrag mit Recht, daß nicht nur die Universitäten berufenständig werden, an denen sich noch am ehesten dieser oder jener Dozent einmal mit politischen Fragen beschäftigen, sondern ebenso die Technischen Hochschulen und die Fachhochschulen für Landwirtschaft, Forstbau, Tierkunde. An diesen Hochschulen fehlt die Politik bisher überhaupt, aber auch an dem anderen Teil der von der gelegentlichen Behandlung durch einen interessierten Dozenten aufzuweisen zu einem Maße, das regelmäßig im Vorplan vertreten ist mit Vorlesungen, und, so ist zu hoffen, auch mit Übungen, in denen der Student zu einer gründlichen Vertiefung seiner politischen Kenntnisse angeleitet wird. Das kann nicht nebenamtlich vom Vertreter der Geschichte, des Nationalökonomie oder eines anderen sich mit Politik beschäftigenden Faches geteilt werden, es gehört ein eigenes Dozent dazu; dies um so mehr, als derartige Vorlesungen wie Übungen eine besondere Lehrmethode verlangen. Sie sollen sachlich und wissenschaftlich in Anlage und Aufbau sein, aber in der Auswahl des Stoffes durchaus auf das Bedürfnis der Gegenwart zugeschnitten; überdies darf ihre Wissenschaftlichkeit nicht darin bestehen, daß Fachtermini wissensgelehrt werden, sie sollen ja eben erst herangezogen werden. Ebenso muß dieser Dozent für Politik natürlich darauf Rücksicht nehmen, daß die Studenten mit fachwissenschaftlichen Vorlesungen meist rüchlich befaßt sind; er wird darum auch tun, seine Vorlesungen zu bereiten und über einzelne Abschnitte kurzfristig, statt über ein großes Gebiet weitläufig zu sprechen. Doch das sind Einzelheiten. Die Hauptsache ist, daß nach diesem Antrage jedem Studenten auf jeder Hochschule Gelegenheit gegeben wird, sich eine gründliche politische Bildung aneignen. Das ist dringend erforderlich in einem demokratischen Staate, der getragen sein muß nicht nur vom Ansehen, sondern von der kenntnisreichen tätigen und unermüdbaren Mitarbeit aller seiner Bürger.

Ende der deutschen Universität Dorpat.

Mitau, 29. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die deutsche Universität in Dorpat ist bekanntlich von der estnischen Regierung übernommen worden, die allerdings nicht die Absicht hat, sie als deutsche Universität weiterzuführen. Da sich aber herausgestellt hat, daß die estnischen Gelehrten, die die estnische Sprache beherrschen, zur Besetzung der Professuren nicht ausreichen, so werden die Vorlesungen vorläufig in russischer Sprache gehalten.

Vom Kaiserprozeß.

WTB. Bern, 29. Juli. (Drahtnachricht.) „Morning Official“ des Paris' meldet aus Paris, daß die Unterhandlungen mit Galland über die Auslieferung des Kaisers begonnen hätten. Man beachtete, daß Verhandlungen gegen den Kaiser nicht in London, sondern an einem schwer zugänglichen Orte stattfinden zu lassen. Man wüßte um Scaevola

Reichsminister Erzberger, fortsetzend: Ich bitte um Entschädigung, aber bei einer solchen Schmerzlichkeits des Schmerzensfalls muß man doch etwas sagen.

Präsident Fehrenbach: Von dieser Schmerzlichkeits fühlten Sie ihn bei der nächsten Viertelstunde auch nicht. (Stürmische Heiterkeit.)

Reichsminister Erzberger, fortsetzend: Meine Rede im Hauptauschuß war auf der Grundlage aufgebaut, daß eine restlose Ausprägung über Belgien mit den Alliierten erfolgen würde. In der Unterredung zwischen mir und einem Vertreter der Obersten Seeresleitung suchten wir nach einem Ausweg in der Angelegenheit Longow und Brien. Auch die Friedensresolution des Reichstages ist nicht so aufzufassen, daß kein Grenzfall verdrückt werden darf. Herr Rieber bekämpft den Staatsgerichtshof, hat aber die

Vorlage selbst gar nicht genau durchgesehen.

Er meint, der parlamentarische Ausschuss werde Kläger und Richter in einer Person sein. Der Ausschuss soll aber gar kein richterliches Urteil abgeben, sondern nur rechtsanwaltschaftliche Funktionen ausüben. Es wird also kein Parteigericht geschaffen. Der Ausschuss ist immer noch objektiv, der sich an die Tatsachen hält. Die Regierung gibt ja alles Material dem Ausschuss. (Zuruf: Was hängt von der Beantwortung ab.) Ich verhalte mich so. Wenn Sie glauben, daß die Regierung Material unterstellt, so müssen Sie das beweisen. Der Staatsgerichtshof wird kein Mitglied der damaligen Regierung fassen, auch wenn es zum Zentrum, zur Sozialpartei oder zu den Sozialdemokraten gehört. Die Regierung hat immer mit voller Entschiedenheit bestanden, und ich befreite es auch als

eine weltwirtschaftliche Frage.

der Deutschland der alleinige Urheber des Weltkrieges ist. Wir hatten einen neutralen und internationalen Gerichtshof angesetzt; wir mußten den des nationalen Gerichtshofes gehen. Aber er wird dem deutschen Volke nach außen ein gutes und nützliches Inkrement werden. Er wird dazu beitragen, die Achtung vor dem deutschen Namen im Auslande wiederherzustellen, nachdem

objektiv festgestellt ist, nachdem

die Befürchtung, die Veröffentlichungen würden uns im Auslande schaden, sich gegenstandslos. Auch hätte niemand von der Regierung die Absicht, Schriftstücke zu veröffentlichen, bis der erwartete Friede geschlossen sei. Alle haben geschlossen und dem Vaterlande das Opfer gebracht. Wir hätten weiter geschlossen und nur einen Teil des Materials veröffentlicht, das mehr oder dem Staatsgerichtshof vorbestanden. Was hat diesen wohlwollenden Plan der Regierung durchkreuzt und für eine andere Haltung ausgezungen? Die

absolut unangelegenen Angriffe,

die von den rechtsstehenden Parteien und Mitgliedern der früheren Regierung erhoben worden sind. Dies sind außerordentlich große Geschicklichkeiten, wie sie von keiner Partei bestanden sind. (Große Unruhe rechts.) Wir haben den Kampf nicht aufgenommen, sondern er wurde uns aufgedrungen und aufgebracht. Wenn Sie ihn aber haben wollen, so werden Sie ihn, und zwar mit aller Rücksichtlosigkeit, haben.

Hg. War-muth (Dn.) wendet sich gegen den Gehörswert über den Staatsgerichtshof, weil er uns in der Schuldfrage der Welt gegenüber in eine falsche Lage bringt. Der beabsichtigte Staatsgerichtshof ist für die Ermittlung der Wahrheit ungenügend. Wir lehnen ihn ab. (Beifall rechts.) Damit schließt die Besprechung.

In der Debatte sind außer Anträgen, die Verdiensten in engerem und weiterem Umfange verlangen, auch Anträge, der Regierung das Mißtrauen, andererseits ein Mißtrauen der Wehrheitsfraktionen, ihr das Vertrauen des Hauses auszusprechen, eingegangen.

In dem Mißtrauensantrag der Deutschnationalen beantragen diese eine namentliche Abstimmung. — Zur Geschäftsordnung bemerkt

Hg. Hauptmann (Dem.), seine Freunde würden gegen den Mißtrauensantrag stimmen. Er halte es aber für nötig, zu betonen, daß sie sich

bei dem Vertrauensantrag der Stimme enthalten würden, da sie anders ihre Meinung nicht zum Ausdruck bringen könnten.

Der Antrag, das Gesetz über den Staatsgerichtshof dem Verfassungskommissionen zu überweisen, wird angenommen mit dem Antrag, die Kommission, aus seinen Parteimitgliedern bestehend, sondern nur aus namhaften Juristen und publizistisch geschulten Juristen zusammengesetzten Ausschuss einzusetzen.

Das Haus beschließt ferner nach dem Antrage Laube (Soz.), die Reden der Minister und das weiter beigefragte Material; auf Kosten des Reiches im deutschen Volke zu verbreiten mit der Erweiterung, daß auch das Schreiben des päpstlichen Nuntius nebst Anlage und die darauf erfolgte Antwort des Reichsanwalters Michaelis in ungeschwätzter Form der Veröffentlichung beigegeben ist, und einem weiteren Zusatz Koch-Rosell (Dem.) auch die Senogramme der Verhandlungen durch Veröffentlichung zu billiger Preise dem ganzen Volke zugänglich zu machen.

Die namentliche Abstimmung über das Mißtrauensvotum ergibt dessen Ablehnung mit 243 gegen 53 Stimmen.

Ein Antrag Dr. Cohn (U. S.), über das Vertrauensvotum namentlich abstimmen, wird nicht genügend unterstützt. Das Vertrauensvotum wird mit großer Mehrheit angenommen.

Um 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf nachmittags 5 Uhr pünktlich vertagt.

Nachmittags-sitzung.

WTB. Weimar, 29. Juli. Um 5 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Am Regierungstische: Roste, Müller, Dr. Sell, Dr. David, Dr. Freuh.

Präsident Fehrenbach: Mir ist ein Antrag Agnes und Gen. (U. S.) eingegangen; den Reichswehrminister zu eruchen, den kommandierenden General des 3. Armeekorps (Münster) sofort anzurufen.

Die seit sechs Tagen im Sulzgerkreuz befindlichen politischen Schulungsfestungen unverzüglich aus der Haft zu entlassen.

und es ist mir ausgesetzt worden, daß zur Begründung des Antrages höchstens fünf Minuten gesprochen werden wird. Unter diesen Voraussetzungen schlage ich Ihnen vor, diesen Antrag alsbald zu beraten.

Das Haus stimmt dem Vorschlag des Präsidenten zu.

Hg. Braß (U. S.) begründet den Antrag. Speziell im Ruhrgebiet sind zahllose Personen festgesetzt worden, ohne eigentlich zu wissen, weshalb, und sie werden so schrecklich behandelt und so unzureichend ernährt, daß sie in den Hungerkreis eintraten sind, weil sie lieber jenseits sitzen, als als langjam verhungern wollen. Wir bitten, unsern Antrag auszuführen.

Reichswehrminister Roste:

Die Schulung ist ein böses Kampfmittel, und niemand behauptet mehr als ich, daß wir genötigt gewesen sind, davon Gebrauch zu machen. Dem Hause ist bekannt, was ich unerhörte Zustände wachen und monatlang im Industriegebiet geherrscht haben. (Sehr richtig!) Besonders über war die Betätigung der sogenannten Siebenere-Kommission. Diese Leute sind damals auf meinen Befehl festgenommen worden, und als sich ein Erlass dazu befindet hatte, wurde weiter mit Verhaftungen vorgegangen.

Sitzung des Obersten Rates der Alliierten.

Berailles, 29. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Oberste Rat der Alliierten hielt vormittags eine Sitzung ab, um die Vorschläge über das interalliierte System der Verteilung von Kohle und Lebensmittel zu prüfen. Die Fragen wurden noch nicht geklärt. Der Rat bestimmte alsdann die Mitglieder der interalliierten militärischen Kommission, die die Grenzgebiete zwischen Polen und Deutschland festlegen sollen.

WTB. Berailles, 29. Juli. (Drahtnachricht.) Der Oberste Rat hat laut „Main“, gestern beschlossen, einen Zentralausschuß einzusetzen, der die vollständige Ausführung des Friedensvertrages durch Deutschland beschleunigt, zu zentralisieren.

WTB. Berailles, 29. Juli. (Drahtnachricht.) Der neue Erste Delegierte Amerikas, Wolf, ist in Paris eingetroffen.

Der öfter. Staatsvoranschlag für 1919/20.

WTB. Wien, 29. Juli. Wiener Kor.-Büro. Der der Nationalversammlung heute vorgelegte Staatsvoranschlag für 1919 bis 1920 weist an Ausgaben 8441 Millionen, an Einnahmen 3454 Millionen Kronen und als Reibetrag 4987 Millionen Kronen auf einschließlich der Staatsausgaben und Einnahmen der der deutsch-österreichischen Verwaltung zurecht entsprochen Gebiete, insbesondere Deutschböhmen und des Sudetenlandes. Das die Einnahmen des Anstalts an Einzahlungen aus dem Staatlichen Staatseinnahmen und ein Reibetrag von rund 4 Milliarden. Von den Staatsausgaben entfallen auf den Staatsgüldendienst für Deutschösterreich 161 1/2 Millionen, auf den Sicherheitsdienst 388 1/2 Millionen, auf soziale und Kriegsmagnahmen, insbesondere Entschädigungsmagnahmen, 3 Milliarden, auf Einzahlungen aus dem Anstalt den Anteil an Staatlichen Schuldendienst Österreichs, 1180 Millionen, auf die Verwaltung der Monarchie und Staatsbetriebe und die übrigen Staatsverwaltungsmagnahmen einschließlich Teuerungszuschläge rund 1400 Millionen. Die gesamten Staatseinnahmen betragen nur 40,9 Prozent der Ausgaben. Die Einnahmen aus öffentlichen Ausgaben allein (1000 Millionen) betragen nur 12,1 Prozent der gesamten Staatseinnahmen. Die Staatsausgaben haben einen Reibetrag von 416 1/2 Millionen, die Rest eines solchen von 165 Millionen. Das Finanzgesetz erhöht die im Budgetvertragskommission bewilligte Kreditermächtigung von 2 auf 4 Milliarden Kronen. Der Staatsvoranschlag berücksichtigt die Einnahmen des Friedensvertrages noch nicht. Sie werden nach der Ratifizierung des Friedensvertrages in einem Nachtrage zum Staatsvoranschlag zusammenschließen werden.

Ungarische Aristokraten als Bettler.

Hg. 29. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: „Daily News“ erzählt Einzelheiten über die Lage in Budapest. Der „Korrespondent“ schreibt, daß die Nahrungsmittel nur so hoch gestiegen sei, daß der einst sehr populäre Erzherrzog Joseph gezwungen war, Brot von den Proletarierfrauen zu erbitten, die jetzt mit ihren Familien in seinem Palais wohnen. Zwei Neffen des Grafen Apvonyi gehen vor Hunger betteln. Ehemalige Kavallerieoffiziere erbetteln in den Restaurants von den Kellnern Brot, um es mit nach Hause zu nehmen.

Der Vertreter des Staatskanzlers Renner.

WTB. Wien, 29. Juli. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge wurde der Gehaltete Spohn mit der Leitung des Staatsamtes für Renneres in Abwesenheit des Staatskanzlers betraut.

Ein bulgarisch-französischer Kampf.

WTB. Belgrad, 29. Juli. (Korr.-Bureau.) Als gestern nachmittags französische Truppen durch Kom-Balanka anrückten, wurden sie von bulgarischen Soldaten beschossen, was in einem Feuergefecht, in dem neun französische Offiziere und 20 Soldaten schwer verwundet wurden. Die Schützlinge sind verhaftet und das ganze in Kom-Balanka befindliche Regiment entlassen worden. Auf Anordnung französischer Offiziere wird eine französische Division nach Bulgarien entsandt werden, um die bulgarische Armee zu entwaffnen.

So sind diese Leute, die die geistigen Väter der Bewegung waren, mehr oder weniger lange Zeit in Haft gehalten worden. Die Angaben des Herrn Vorredners sind in mancher Hinsicht erheblich übertrieben. Ich habe angeordnet, daß eine Nachprüfung aller der Fälle von Schuldschuld, die noch vorliegen, stattfinden. Ich hoffe, daß diese Nachprüfung zu dem Resultat führen wird, daß in möglichst großem Umfange weitere Entlassungen stattfinden können.

Hg. Braß (U. S.): Der Ausdruck von immer neuen Streiks im Ruhrgebiet ist die Folge davon, daß so viele Verhaftungen vorgenommen wurden. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Schuldschuld in allen Fällen so leicht zu zahlen ist im Hungerkreis befinden, und daß die Arbeiterkraft droht hat.

In den Generalstreik zu treten,

wenn sie nicht entlassen werden. Will die Reichsregierung unter diesen Umständen an ihrer Gewaltpolitik schwallen und das Verhältnissen im Ruhrgebiet neuen Eskalationen aussetzen? (Sehr wahr!) Bei den unabh. Soz.; Widerspruch bei der Soz.; (Schuldschuld.)

Reichswehrminister Roste fortsetzend: Ich habe nicht einen Augenblick gewarheit, daß dieser Antrag von Herrn Braß als Anlaß zu agitatorischen Zwecken benutzt werden würde. (Stürmischer Widerspruch und lärmende Zurufe bei den unabh. Soz.; Unruhe!) Die armen Menschen verhungern! Rufe: Rühel Rühel; erneute lärmende

Zurufe bei den unabh. Soz., an denen sich namentlich die Hg. Frau Sieh mit großer Leidenschaft beteiligt; in dem unangehörigen Lärm bleiben aber die Zurufe im einzelnen unverständlich.)

Präsident Fehrenbach: Frau Sieh, ich bitte Sie dringend, sich zu beruhigen.

Hg. Frau Sieh: Herr Präsident, man läßt die armen Menschen verhungern!

Reichswehrminister Roste, fortsetzend: Hätte ich gewünscht, was kommen würde, so hätte ich Ihrem Wunsch nicht entsprochen. Ein zweites Mal werde ich mich hüten. (Weitere erregte Zurufe von den Bänken der unabhängigen Soz.) Die Herren dort drüben (zu den unabh. Soz.) die sich jetzt so erregen, haben keine Spur von Erregung an den Tag gelegt.

als ihre Freunde mit Handgranaten und Pistolen auf die Bevölkerung losgingen.

(Stürm. Zurufe und fortgesetzter Lärm bei den unabh. Soz.) Noch am vorigen Montag hat weder Frau Sieh noch irgend einer der Unabhängigen aus nur ein Wort des Protestes geltend gemacht,

als in Berliner Krankenhäusern das Licht abgeschritten wurde.

(Sehr richtig!) bei den Soz.; erneuter lauter Lärm und Zurufe: Gemeinheit! Schmutz! bei den unabh. Soz.; Frau Sieh schreit immer wieder dahinschreiend: Die armen Menschen müssen verhungern!

Der Antrag Braß (U. S.) wird hierauf abgelehnt. Hierauf beginnt

Die dritte Lesung der Verfassungsvorlage.

Reichsminister Dr. Preuß: Amnestierbar nach der November-Revolution wurden Stimmen der Hoffnung und der Zuversicht laut, wie die zünftige Entwicklung sich gestalten würde. Die Nationalversammlung ist zustande gekommen, und sie hat die Verfassung aufgestellt und ist im Begriff, sie zu verabschieden. Nach einem solchen Anzuge, nach so ungeheuren Täuflungen und Enttäuschungen mußten mehr oder weniger erhebliche Störungen der gewohnten Ordnung eintreten. Gerade, weil ich niemals Sozialist gewesen bin, nicht einmal November-Sozialist, hatte ich es für richtig, anzuerkennen, mit welcher Mühsal und Selbstbeherrschung die Sozialdemokratie die Grundlagen der Demokratie nicht nur anerkannt, sondern auch zu Ehren gebracht hat, und daß damit ein Verdienst in Deutschland erworben hat.

Die Republik ist die Sache der großen Volksmehrheit, die zwischen rechts und der äußersten Linken steht, und gerade in dieser weiten Schichten, die das Verfassungswort trägt und getragen hat, ist vielleicht nicht überall schon heute das volle Verständnis für die Bedeutung des Wertes vorhanden. Aus der Revolution und der Notwendigkeit ihrer ganzen Entwicklung entsprang die zukünftige Gestaltung Deutschlands als Demokratie. Während die wirtschaftliche und soziale Entwicklung die höchste Stufe voller Entwicklung erreicht hatte, war die politische Seite verkommen und zurückgefallen. Das war im letzten Grunde die Ursache unserer Katastrophe, unter deren Wirkung wir stehen.

Es war der Mangel an politischer Führung und

politischem Verständnis im Volke selbst.

Wir haben mit tiefstem Schmerz empfunden, wie die Leistung des Volkes und heroischeren Leistungen, des Militärs, vergeblich aufgewendet wurden, weil die Politik das Nötige nicht leistete. Bei Schaffung der Verfassung in jedem Stadium fand die Gerechtigkeit über allem; wie selten war die nationale Einheit und kräftigen; sondern gestürzt und gestiftet wird. (Sehr richtig!) Die Einheit ist so fest gegründet, daß, wenn jemals die Republik der Monarchie weichen müßte, sie nur noch der

Einheitsmonarchie

wischen müßte. Das ist auch für die Kreise zu beachten, die sich immer noch partikularen Hoffnungen hingeben. Die Wiederherstellung der Reinen Staaten liegt außerhalb des Bereiches der Möglichkeiten. Ueber der Republik steht die nationale Einheit.

Der Einheitsstaat kann und soll in Deutschland nicht zentralisiert sein.

(Sehr richtig!) Wenn jetzt die Verfassung in dieser Form beschlossen wird, fängt die eigentliche Verfassungsarbeit erst an, die Arbeit an der Organisation des Vaterlandes. Darauf kommt es an, ob die Bestimmungen in ihrem Geiste gehandhabt werden. Werden sie gehandhabt im Geiste des Gesetzes, so wird Deutschland einst auf ebenen Füßen stehen, stark und schön. (Beifall.)

Hg. Kagenstein (Soz.): Wenn ein Volk unter dem Druck von unangenehmen Umständen an den Neuaufbau seiner Verfassung gehen kann, so ist das ein Beweis starker Lebenskräfte.

Die staatenbewußte Arbeiterklasse hat in ihr ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Die Mitarbeit aller Parteien ist die Urbedingung, daß das geschaffene Werk seinen vollen einheitlichen Charakter trägt. Es sind Vorkehrungen getroffen, nach demokratischen Gesichtspunkten die Mehrheitsentscheidung ohne Verengung der Minderheiten zu sichern. Wir hoffen, daß auch unsere deutschen Arbeiter sich an der Führung den Weg zu uns finden werden. (Beifall.)

Hg. Dr. Spahn (Btr.) dankt zunächst dem Staatsminister Dr. Preuß für seine Mitwirkung an dem Zustandekommen des Verfassungswerkes. (Beifall!) Ungenügend geblieben ist das deutsche Volk. Geblieben sind auch alle Feiler der Verfassung das Rousseauische Prinzip der Volkshoheit, das Montesquieu'sche Prinzip der Teilung der Gewalten, der föderative Charakter des Reiches. Allerdings hat der Verlauf unserer Beratung erkennen lassen, daß die Natur der Dinge, durch die Finanznot unterstützt, auf den Einheitsstaat zurückzuführen ist.

Ein Vorschlag der neuen Verfassung ist der in weitem Umfange gewählte Reichstag.

Die Verfassung rechnet mit dem Fortbestand des Bükkerechts, und sie schließt daher die Hoffnung an den Wählerbund nicht aus. Es empfiehlt sich für uns, in den Wählerbund einzutreten, sobald wir als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werden.

Für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen haben wir den Wunsch, daß eine

